

DROGEN

„Hilfe für Süchtige“

Die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer über ihre Pläne zur Suchtbekämpfung

SPIEGEL: Frau Fischer, wie läuft Ihr privater Nikotin-Entzug?

Fischer: Ich kenne Vergnüglicheres. Aber als Gesundheitsministerin will ich kein schlechtes Beispiel abgeben, auch wenn es manchmal schwerfällt.

SPIEGEL: Kommt es Ihnen als genußfreudigem Menschen nicht merkwürdig vor, jetzt zum Verzicht auf Zigaretten zu mahnen?

Fischer: Der erhobene Zeigefinger entspricht nicht meinem Naturell. In Askese sind andere besser, zu so einem disziplinierten Laufprogramm wie mein Namensvetter Joschka Fischer wäre ich nie in der Lage. Wir wollen nicht nur mit Verboten Politik machen, das gilt für das Gesundheitsressort genauso wie für alle anderen Bereiche.

SPIEGEL: Alkohol und Nikotin sind legal, der Besitz kleiner Mengen von Haschisch oder Marihuana ist verboten. Überzeugt Sie diese Aufteilung?

Fischer: Wenn man ehrlich ist und sich ein bißchen aus den ideologischen Gräben rausbewegt, kommen diese Kategorien sofort ins Schwimmen. Jeder weiß, wie schädlich auch Alkohol und Nikotin sind. Ein Teil der Drogenprobleme entsteht erst aus der Kriminalisierung der Konsumenten. Das treibt die Preise in die Höhe und führt zu Beschaffungskriminalität und Prostitution. Deshalb wollen wir ja eine andere Drogenpolitik nach dem Motto: Hilfe für Süchtige, Strafen für Händler.

SPIEGEL: Für die Strafverfolgung ist aber der SPD-Minister Otto Schily zuständig.

Fischer: Ich werde zum Beispiel das Betäubungsmittelgesetz ändern, damit der Betrieb von Fixerräumen endlich legal ist. Bisher haben die Kommunen, die in solchen Räumen zum Beispiel saubere Spritzen Junkies ausgeben, immer in einer rechtlichen Grauzone agiert. Über das angemessene Strafmaß für den Besitz von Haschisch oder Marihuana will ich mit meinen Ministerkollegen in den Ländern noch einmal reden, denn es gibt bisher keine einheitlichen Vorgaben. Ich bin jedenfalls dafür, nicht aus jedem Süchtigen gleich einen Kriminellen zu machen.

SPIEGEL: Haben Sie selbst schon mal gekiffert?

Fischer: Um es mit Bill Clinton zu sagen: Ja, aber ich habe nicht inhaliert. Ganz im Ernst, ich will Cannabis keine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen. Es ist im Grunde wie beim Alkohol: Wer es schafft, Maß zu halten, vielleicht jeden Abend ein halbes Glas zu trinken, kann damit ein Leben lang gut zurechtkommen. Einigen Menschen gelingt das, vielen anderen aber nicht. Deshalb sind auch die Warnungen gerade gegenüber Jugendlichen berechtigt.

SPIEGEL: Der Koalitionsvertrag sieht Modellversuche zur ärztlich kontrollierten Heroinabgabe vor – eine gefährliche Verharmlosung?

Fischer: Wenn wir das harmlos fänden, würden wir uns nicht so viele Gedanken über Kontrolle und psychisch-soziale Begleitung machen. Wir werden ganz strenge Grenzen ziehen: Es wird therapeutische Betreuung und eine wissenschaftliche Auswertung geben, Ausgabe und Konsum finden unter permanenter Kontrolle statt. Was ausgegeben wird, ist ausschließlich zum Eigenbedarf bestimmt.

SPIEGEL: Warum sollte ein Junkie noch Methadon benutzen, wenn er leicht an das Original kommen kann?

Fischer: Das ganze Problem besteht doch aus mehr als der Beschaffung der Droge. Es wird die von der Drogenpolitik geforderte Kunst sein zu erkennen, welchen Leuten man mit welchem Weg am besten hilft. Für viele Süchtige mag Methadon ausreichen, aber es gibt eben auch Abhängige, bei denen bisher alle herkömmlichen Therapien scheitern. Wir gehen davon aus, daß es eine sehr kleine Gruppe ist, der man mit dem Originalstoff helfen muß.

SPIEGEL: Ist es glaubwürdig, wenn der Staat die gleichen Drogen abgibt, vor denen er seine Bürger warnt?

Fischer: Nein, wir wollen ja keinen Bauchladen eröffnen, sondern ein paar Modellversuche. All diese Bedenken sind doch vor Jahren auch gegen die Abgabe von Methadon oder die Einrichtung von Fixerräumen vorgebracht worden und

haben sich in allen wesentlichen Punkten als falsch erwiesen. Inzwischen ist sogar die Bundesärztekammer für die kontrollierte Heroinabgabe. Deutschland war bisher mit seiner Art Drogenpolitik eher ein europäisches Schlußlicht. Deswegen ist für mich ein forschendes Vorgehen durchaus geboten.

SPIEGEL: Wo läuft der erste Versuch?

Fischer: Wahrscheinlich in Städten wie Frankfurt oder Hamburg, die in ihren Vorbereitungen schon weit fortgeschritten sind und nur noch die rechtlichen Rahmenbedingungen brauchen. Da können wir die Projekte schnell installieren. Schließlich wollen wir vor Ende der Legislaturperiode noch Ergebnisse vorlegen.

SPIEGEL: Wer zahlt?

Fischer: Bund und Länder sollten das gemeinsam machen. Mein Vorschlag wäre, daß Bonn die wissenschaftliche Begleitung finanziert, Länder und Kommunen die Druckräume und das Personal vor Ort.

SPIEGEL: Sollen auch drogenabhängige Gefängnisinsassen einbezogen werden?

Fischer: Es geht darum, Menschen aus der Sucht herauszuhelfen, Strafgefangene müssen die gleichen Therapiechancen haben wie alle anderen. Für die Resozialisierung wäre das vermutlich eher förderlich.

INTERVIEW: HORAND KNAUP, ELISABETH NIEJAHR



Ministerin Fischer

J. H. DARCHINGER



B. KAMMERER

Drogenkontrolle in Frankfurt: „Wir wollen keinen Bauchladen eröffnen“